



SOZIALE UNGLEICHHEIT: AUSMASS, ENTWICKLUNG, FOLGEN

Nimmt die soziale Ungleichheit in Deutschland zu? Bremst oder fördert Ungleichheit das Wachstum der Wirtschaft? Wie sollen wir mit Ungleichheit in der Zukunft umgehen? Grafiken und Kurzanalysen geben Antwort auf neun wichtige Fragen.

1. Nimmt die Ungleichheit der Einkommen in Deutschland zu oder nicht?
2. Wie sieht es bei den Vermögen aus?
3. Was bedeutet das unter dem Strich? Ist Deutschland ein relativ gleiches oder ein relativ ungleiches Land?
4. Was bedeutet das für die wirtschaftliche Entwicklung? Bremst oder fördert Ungleichheit das Wachstum?
5. Welche Faktoren bestimmen die Wahrnehmung von Ungleichheit in Deutschland?
6. Was könnte man tun, um die Datenbasis zu verbessern und einen besseren Überblick über Einkommen und Vermögen zu bekommen?
7. Wie weit verbreitet ist Armut in Deutschland? Sind diese Menschen wirklich arm?
8. Was könnte man tun, um die Ungleichheit zu reduzieren?

1. Nimmt die Ungleichheit der Einkommen in Deutschland zu oder nicht?

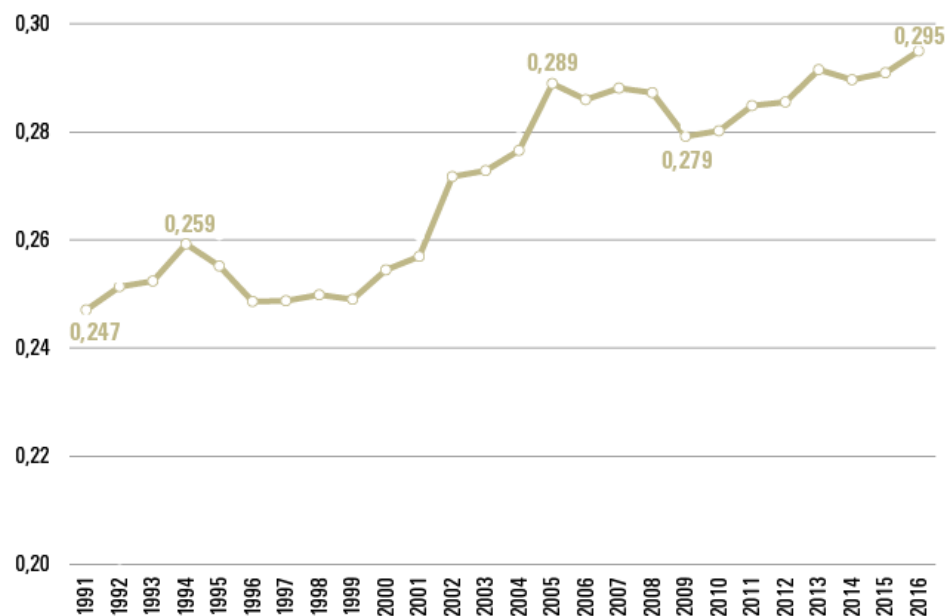
Unstrittig ist, dass die Einkommensungleichheit heute weit höher ist als noch vor knapp 30 Jahren. Vor allem zwischen 1999 und Mitte der 2000er Jahre stieg die Ungleichverteilung der verfügbaren Haushaltseinkommen deutlich an. Das lässt sich am Gini-Koeffizienten ablesen, der die Ungleichheit der im sozio-oekonomischen Panel (SOEP) erfassten Haushaltseinkommen darstellt. Für das SOEP werden regelmäßig mehr als 10.000 Haushalte in Deutschland befragt. Die Langzeitbefragung gilt als eine der wichtigsten Datenquellen für die Sozial- und Wirtschaftsforschung. Im Jahr 2005 erreichte die Einkommensungleichheit in Deutschland laut SOEP einen vorläufigen Höhepunkt. In den folgenden Jahren setzte sich der Anstieg zunächst nicht fort, der Gini ging sogar leicht zurück. Seit 2010 steigt die Ungleichheit aber wieder an. Im Jahr 2016 stieg der Gini auf seinen bisherigen Höchststand von 0,295.

Trotz zwischenzeitlicher Erholungsphasen zeigt der langfristige Trend der Einkommensungleichheit somit nach oben (Spannagel 2015).

Hinzu kommt: Im SOEP sind vor allem sehr hohe Einkommen tendenziell untererfasst, weil superreiche Haushalte relativ selten und oft sehr auf Diskretion bedacht sind. Deshalb ist davon auszugehen, dass das Ausmaß der Ungleichheit insgesamt unterschätzt wird.

Einkommensungleichheit in Deutschland, 1991-2016

Gini-Koeffizient der verfügbaren Haushaltseinkommen



Daten: SOEP Welle 09-34; eigene Berechnungen

WSI

Entwicklung der Einkommensungleichheit 1991-2015

Jahr	Gini-Koeffizient
1991	0,246
1992	0,251
1993	0,253
1994	0,259
1995	0,254
1996	0,250
1997	0,250
1998	0,249
1999	0,250
2000	0,255
2001	0,258
2002	0,271
2003	0,273
2004	0,278
2005	0,290
2006	0,286
2007	0,288
2008	0,286
2009	0,280
2010	0,282
2011	0,284
2012	0,285
2013	0,291
2014	0,290
2015	0,294
2016	0,295

Quelle: SOEP Welle 09-34; eigene Berechnung

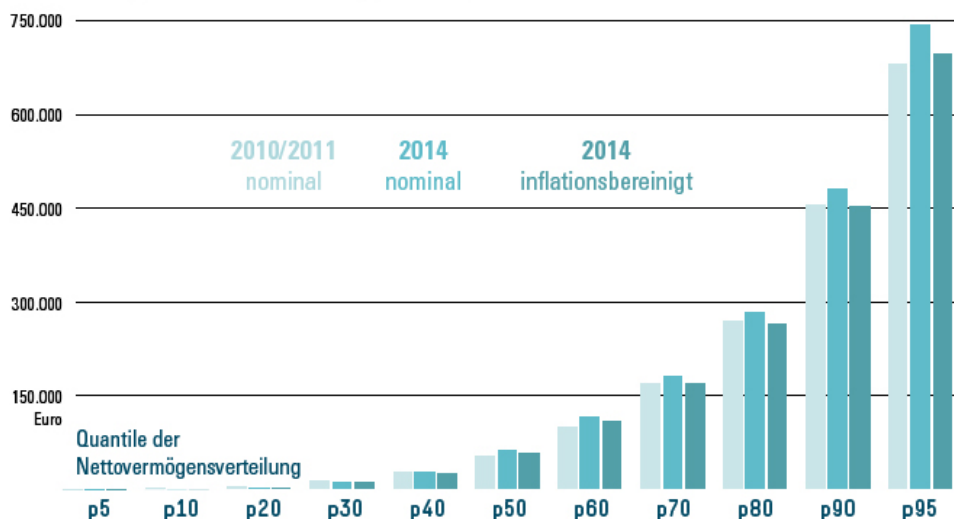
2. Wie sieht es bei den Vermögen aus?

Vermögen sind grundsätzlich sehr viel ungleicher verteilt als Einkommen. Der Gini-Koeffizient lag bei den Vermögen 2017 bei 0,78 (Grabka und Halbmeier 2019) – bei den Einkommen betrug der Gini 2016 (aktuellste Daten) hingegen 0,295 (Spannagel und Molitor 2019). Sehr deutlich wird die große Vermögensungleichheit auch daran, dass die wohlhabendsten 10 Prozent der Haushalte in Deutschland zusammen etwa 56 Prozent des Gesamtvermögens besitzen. Für fast drei Viertel aller Haushalte liegt das Vermögen unterhalb des Durchschnitts. Die unteren ca. 15 Prozent besitzen gar kein Vermögen. Etwa 6 Prozent davon haben negative Vermögen, das heißt, sie sind verschuldet. Die Ungleichverteilung der Vermögen verharrt seit 2007 auf einem konstant hohen Niveau (Grabka und Halbmeier 2019). Das zeigt, dass die Vermögenseinbrüche während der Wirtschafts- und Finanzkrise nicht dauerhaft waren.

Exakte Aussagen über die Höhe der Vermögen, deren Verteilung und Entwicklung sind allerdings aufgrund der unzureichenden Datenlage nur schwer möglich. Hohe und sehr hohe Vermögen sind untererfasst. Damit wird auch das Ausmaß der Vermögensungleichheit unterschätzt. Da die Zahl der Vermögensmillionäre seit 2008 um 69 Prozent zugenommen hat, ist die Vermögensungleichheit aber in den vergangenen zehn Jahren vermutlich angestiegen (ebd.).

Frage 2 · Wie sieht es bei den Vermögen aus?

Verteilung der Nettovermögen der privaten Haushalte in Deutschland



Quelle: Deutsche Bundesbank 2013, 2016 © Hans-Böckler-Stiftung 2016

Hans Böckler
Stiftung

Verteilung der Nettovermögen der privaten Haushalte in Deutschland: 2010, 2014 und 2017

Quantile	PHF 2010/2011 (nominal)	PHF 2014 (nominal)	PHF 2017 (nominal)
5	-1620	-3000	-2800
10	60	0	100
20	3490	2400	3000
30	11580	10700	11800
40	27780	27100	31200
50	51360	60400	70800
60	97240	111900	131000
70	163460	174900	215400
80	261080	274700	334000
90	442320	468000	555400
95	661240	722000	861600

Quellen:

[Monatsbericht Juni 2013 Bundesbank \(S.39\)](#)

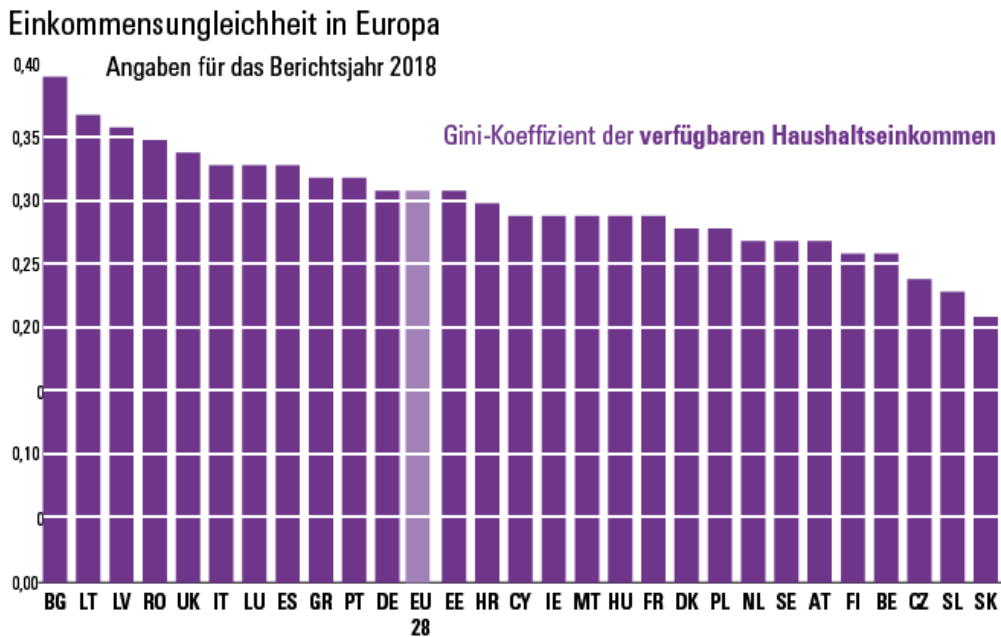
[Monatsbericht März 2016 Bundesbank \(S.76\)](#)

[Monatsbericht April 2019 Bundesbank \(S.32\)](#)

3. Was bedeutet das unter dem Strich? Ist Deutschland ein relativ gleiches oder ein relativ ungleiches Land?

Deutschland liegt im EU-Vergleich bei der Ungleichheit der verfügbaren Haushaltseinkommen im Mittelfeld. Im Berichtsjahr 2018 lag der Gini-Koeffizient für Deutschland mit einem Wert von 0,31 gleichauf mit dem EU-Durchschnitt. Zu den Ländern mit einer noch höheren Ungleichheit als Deutschland gehören allerdings vor allem die Krisenländer des Euroraums und die neuen Beitrittsländer Mittel- und Osteuropas. Die west- und nordeuropäischen Länder weisen eine eher geringe Einkommensungleichheit auf.

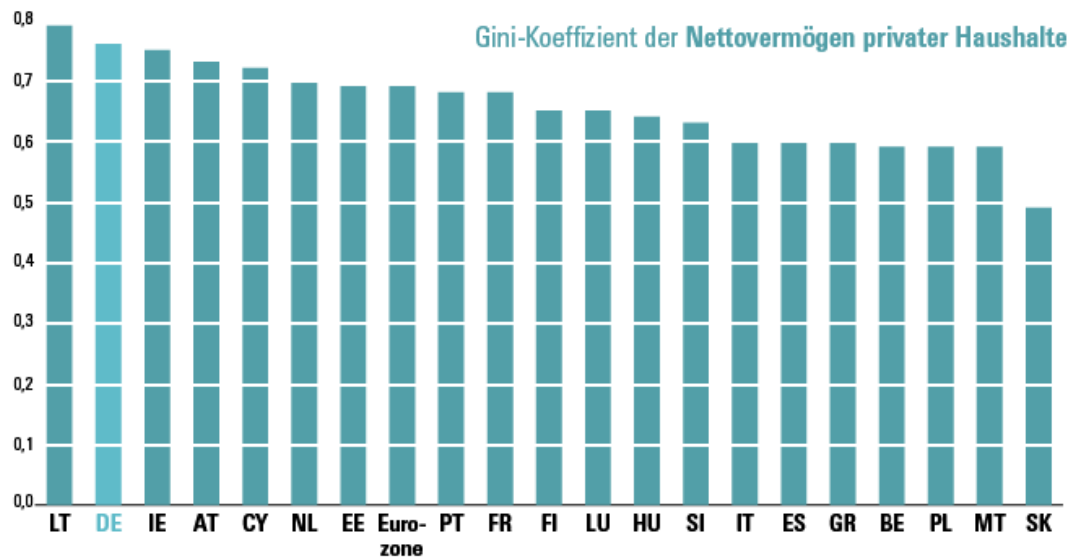
Noch bis Ende der 1990er Jahre lag Deutschland bei der Ungleichheit der Einkommen im Vergleich zu den anderen Mitgliedsländern der EU deutlich unterhalb des Durchschnitts. In der ersten Hälfte der 2000er Jahre hat die Einkommensungleichheit in fast allen europäischen Ländern deutlich zugenommen. In Deutschland stieg die Ungleichheit in diesem Zeitraum jedoch überproportional stark.



Quelle: Eurostat 2019

Hans Böckler
Stiftung

Vermögensungleichheit in Europa 2014



Quelle: HFCS (EZB2017) © Hans-Böckler-Stiftung 2017

Hans Böckler
Stiftung 

Die Vermögensungleichheit ist in Deutschland besonders stark ausgeprägt. Innerhalb der Eurozone ist Deutschland nach Litauen das Land mit der höchsten Vermögensungleichheit.

Unter dem Strich muss daher festgestellt werden, dass Deutschland gerade im Vergleich zu Ländern mit einem ähnlichen durchschnittlichen Wohlstandsniveau ein eher ungleiches Land ist.

Einkommensungleichheit in Europa

Angaben für das Berichtsjahr 2018

Land	Gini
Bulgarien	0,40
Litauen	0,37
Lettland	0,36
Rumänien	0,35
Vereinigtes Königreich	0,34
Italien	0,33
Luxemburg	0,33
Spanien	0,33
Griechenland	0,32
Portugal	0,32
Deutschland	0,31
Europäische Union (28 Länder)	0,31
Estland	0,31
Kroatien	0,30
Zypern	0,29
Irland	0,29
Malta	0,29
Ungarn	0,29
Frankreich	0,29
Dänemark	0,28
Polen	0,28
Niederlande	0,27
Schweden	0,27
Österreich	0,27
Finnland	0,26
Belgien	0,26
Tschechien	0,24
Slowenien	0,23
Slowakei	0,21

Quelle: Eurostat, Variable ilc_di12

Vermögensungleichheit in Europa 2014

Land	Gini
Litauen	0,79
Deutschland	0,76
Irland	0,75
Österreich	0,73
Zypern	0,72
Niederlande	0,70
Estland	0,69
Eurozone	0,69
Portugal	0,68
Frankreich	0,68
Finnland	0,65
Luxemburg	0,65
Ungarn	0,64
Slowenien	0,63
Italien	0,60
Spanien	0,60
Griechenland	0,60
Belgien	0,59
Polen	0,59
Malta	0,59
Slowakei	0,49

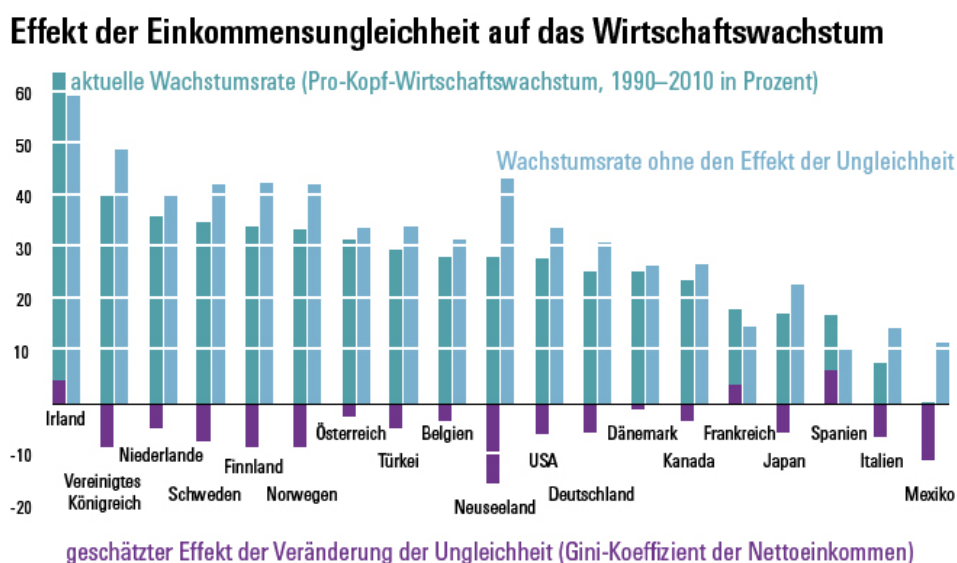
Quelle: Quelle: HFCS (EZB2017)

4. Was bedeutet das für die wirtschaftliche Entwicklung? Bremst oder fördert Ungleichheit das Wachstum?

Grundsätzlich besteht in der Forschung kein Konsens über den Zusammenhang zwischen Einkommensverteilung und Wirtschaftswachstum. Empirische Studien vor der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise ab 2007 finden häufig keinen klaren Zusammenhang, während in der wissenschaftlichen Debatte zuletzt zunehmend die Position vertreten wurde, dass wachsende Einkommensungleichheit einen merklich negativen Einfluss auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung hat (für einen Überblick vgl. Behringer et al. 2016).

Die jüngsten Forschungsarbeiten des Internationalen Währungsfonds (IWF; für einen Überblick vgl. Dabla-Norris et al. 2015) und der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD; für einen Überblick vgl. OECD 2015) kommen zu dem Ergebnis, dass Länder mit höherer Einkommensungleichheit gemessen am Gini-Koeffizient der verfügbaren Haushaltseinkommen in den vergangenen Jahrzehnten ein geringeres Wirtschaftswachstum und kürzere Wachstumsphasen verzeichneten als Länder mit geringerer Einkommensungleichheit (Ostry et al. 2014; Cingano 2014). Abbildung 4 verdeutlicht die wachstumshemmenden Effekte steigender Einkommensungleichheit basierend auf den Schätzungen von Cingano (2014). Demnach wäre das Wirtschaftswachstum in Ländern wie den USA, dem Vereinigten Königreich oder Deutschland zwischen 1990 und 2010 bei gleichbleibender Einkommensungleichheit um rund ein Fünftel höher gewesen. Die Studie zeigt, dass das Wirtschaftswachstum hauptsächlich dadurch gebremst wird, dass untere Einkommensgruppen bei steigender Ungleichheit weniger in Bildung investieren können, wodurch die **soziale Mobilität** und die Entwicklung des Humankapitals geschwächt werden.

Frage 4 · Bremst oder fördert Ungleichheit das wirtschaftliche Wachstum?



Quelle: Cingano 2014 © Hans-Böckler-Stiftung 2016

Hans Böckler
Stiftung

Für die Beurteilung dieser Ergebnisse ist aus methodischer Sicht zwar Vorsicht geboten, da ein geringes Wirtschaftswachstum in einzelnen Ländern ebenfalls zum Anstieg der Ungleichheit beigetragen hat. Gegenwärtig erscheint es jedoch wahrscheinlich, dass zunehmende Ungleichheit zu einem schwächeren gesamtwirtschaftlichen Wachstum führt. So vertreten viele Ökonominnen und Ökonomen die These, dass im Anstieg der Ungleichheit eine strukturelle Ursache der Finanzkrise zu sehen ist (für einen Überblick vgl. van Treeck 2014). In deren Folge glitten viele Länder in eine schwere Rezession ab, was erklären würde, warum die Ergebnisse der jüngeren Studien wieder vermehrt auf einen negativen Zusammenhang schließen lassen.

Geschätzte Effekte von Veränderungen der Einkommensungleichheit (Gini-Koeffizient der Nettoeinkommen) auf das kumulierte Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum, 1990-2010 (Wachstumsrate, in Prozent)

Land	aktuelle Wachstumsrate	geschätzter Effekt der Veränderung der Ungleichheit	Wachstumsrate ohne den Effekt der Ungleichheit
Irland	64,6	4,4	60,2
Vereinigtes Königreich	40,9	-8,6	49,6
Niederlande	36,3	-4,7	41,0
Schweden	35,5	-7,2	42,7
Finnland	34,4	-8,6	43,1
Norwegen	34,0	-8,5	42,6
Österreich	31,8	-2,5	34,2
Türkei	30,0	-4,6	34,6
Belgien	28,5	-3,3	31,8
Neuseeland	28,4	-15,5	43,9
USA	28,3	-6,0	34,3
Deutschland	25,7	-5,7	31,3
Dänemark	25,6	-1,2	26,8
Kanada	24,0	-3,1	27,1
Frankreich	18,5	3,6	14,9
Japan	17,5	-5,6	23,1
Spanien	17,3	6,4	10,9
Italien	8,0	-6,6	14,7
Mexiko	0,5	-11,3	11,8

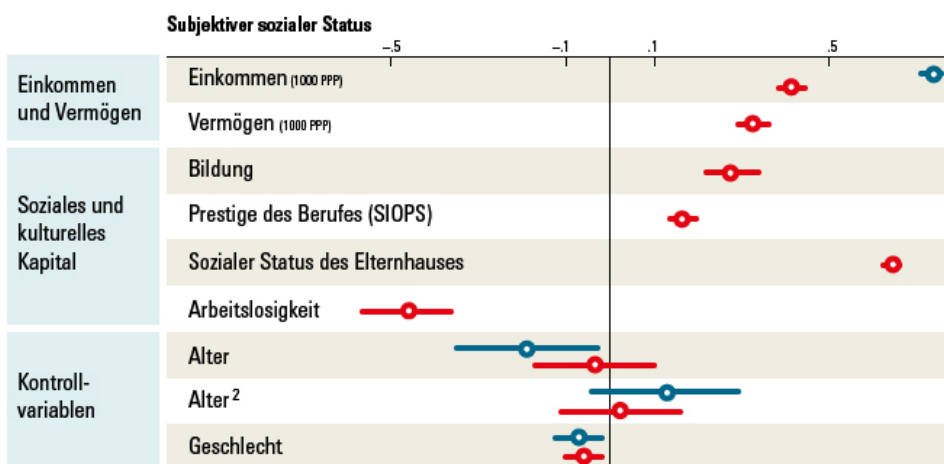
Quelle: Cingano (2014)

5. Welche Faktoren bestimmen die Wahrnehmung von Ungleichheit in Deutschland?

Wird das Ausmaß der Ungleichheit in Deutschland falsch eingeschätzt? Eine aktuelle Untersuchung von Niehues (2016) kommt zu dem Schluss, die empfundene Ungleichheit stimme nur geringfügig mit der tatsächlichen Einkommensungleichheit überein. Die wahrgenommene Ungleichheit wird dabei anhand von fünf zur Auswahl stehenden Diagrammen bemessen, welche jeweils verschiedene Gesellschaftstypen beschreiben. Die Mehrheit der Deutschen (52,8 Prozent) geht von einer pyramidenförmigen Gesellschaftsform aus, an deren Spitze eine kleine Gruppe steht, während der überwiegende Teil sich am unteren Ende konzentriert. Die tatsächliche Einkommensverteilung zeigt dagegen eine eher zwiebelförmige Verteilung mit einem ausgeprägten Mittelstand. Liegen die Deutschen deshalb aber falsch? Wohl kaum, denn die zu Grunde liegende Befragung zielt nicht explizit auf die Einkommensverteilung, sondern ganz allgemein auf den wahrgenommenen Zustand der Gesellschaft.

Frage 5 · Welche Faktoren bestimmen die Wahrnehmung von Ungleichheit?

Die Wahrnehmung von Ungleichheit in Deutschland



Grundlage ist ein mixed-effects-Modell mit subjektivem sozialen Status als abhängiger Variable. Im blau gefärbten Modell ist Einkommen der einzige während das rote Modell weitere Faktoren von Ungleichheit erfasst. Die Punkte zeigen die z-standardisierten Schätzer und das 95% Konfidenzintervall.

Quelle: ISSP 2009, eigene Berechnungen Poppitz 2016 © Hans-Böckler-Stiftung 2016

Hans Böckler
Stiftung

Neben dem Einkommen gibt es laut UN und OECD weitere bedeutende Faktoren von Ungleichheit wie zum Beispiel Bildung, Vermögen oder Gesundheit. Diese Faktoren tragen maßgeblich zur Wahrnehmung der eigenen Position innerhalb der Gesellschaft bei. Erfasst man diesen subjektiven Status auf einer Skala von 1 bis 10, so zeigt sich, dass Einkommen nur 18,5 Prozent zur Erklärung des eigenen wahrgenommenen Status innerhalb der Gesellschaft beitragen kann (Poppitz 2016). Bildung, Vermögen, Berufsstatus und Familienzugehörigkeit sind mit 23,1 Prozent ähnlich wichtig. Daraus lässt sich schließen dass viele Menschen

zur Beurteilung von Ungleichheit mehr Faktoren heranziehen als nur Einkommen. Zugleich bleibt ein großer Anteil der Selbstwahrnehmung trotz der zusätzlichen Faktoren ungeklärt (58,5 Prozent), auch weil viele Befragte dazu neigen, sich unabhängig von den genannten Faktoren in der Mitte der Gesellschaft einzuordnen.

Die Antwort auf die Frage, ob das Ausmaß der Ungleichheit in Deutschland falsch eingeschätzt wird, hängt somit von der Definition von Ungleichheit und der entsprechenden Erhebungsmethode ab. Und während die „Pyramidenstruktur“ die Einkommensverteilung nicht zutreffend beschreibt, kommt dieses Muster etwa bei der Verteilung der Vermögen der Datenlage schon recht nahe.

Wie wichtig sind einzelne Faktoren zur Erklärung der selbst wahrgenommenen Position innerhalb der Gesellschaft (subjektiver sozialer Status)?

	Model 1 (blau)			Modell 2 (rot)		
	Wert	95 %-Konfidenzintervall		Wert	95 %-Konfidenzintervall	
		untere Grenze	obere Grenze		untere Grenze	obere Grenze
Einkommen (1000 PPP)	0,768	0,735	0,802	0,408	0,375	0,442
Einkommen ² (1000 PPP)	-0,085	-0,096	-0,073	-0,054	-0,064	-0,043
Vermögen (1000 PPP)				0,325	0,285	0,366
Vermögen ² (1000 PPP)				-0,045	-0,055	-0,035
Bildung				0,274	0,210	0,339
Prestige des Berufs (SIOPS)				0,164	0,135	0,193
Soz. Status des Elternhauses				0,635	0,611	0,659
Arbeitslosigkeit				-0,452	-0,556	-0,348
Alter	-0,184	-0,351	-0,018	-0,030	-0,173	0,114
Alter ²	0,129	-0,038	0,296	0,025	-0,118	0,168
Geschlecht	-0,067	-0,122	-0,012	-0,058	-0,106	-0,011
Anzahl der Beobachtungen	10031			10031		
Bayesianisches Informationskriterium	35299			31975		
Intrakorrelationskoeffizient	0,179			0,225		

Grundlage ist ein mixed effects model, mit subjektivem sozialen Status als abhängiger Variable. Im ersten Modell (blau) ist Einkommen der einzige Faktor während das zweite Modell (rot) andere Faktoren von Ungleichheit umfasst. Die Punkte zeigen die z-standardisierten Schätzer und das 95% Konfidenzintervall. Quelle: Eigene Berechnungen für 17 europäische Länder mithilfe des ISSP 2009.

Quelle: ISSP 2009; eigene Berechnungen (Poppitz 2016)

6. Was könnte man tun, um die Datenbasis zu verbessern und einen besseren Überblick über Einkommen und Vermögen zu bekommen?

Für die Messung der Einkommensungleichheit wird üblicherweise der Gini-Koeffizient der äquivalenzgewichteten realen Haushaltsmarkt- bzw. Haushaltsnettoeinkommen herangezogen. Empirische Grundlage dafür sind in Deutschland die Daten der Langzeitstudie Sozio-oekonomisches Panel (SOEP). Allerdings basieren die Berechnungen des Gini-Koeffizienten auf Bevölkerungsbefragungen, in denen besonders einkommensstarke Haushalte tendenziell nicht ausreichend repräsentiert sind. Dies führt dazu, dass das Ausmaß der Einkommensungleichheit am oberen Ende der Verteilung unterschätzt wird.

Um den Anteil der Spitzeneinkommen an den gesamten Haushaltseinkommen realistischer abzuschätzen, eignen sich Auswertungen von amtlichen Einkommensteuerstatistiken. In Deutschland ergibt sich mit der Einführung der Abgeltungssteuer im Jahr 2009 allerdings das Problem, dass Kapitaleinkommen nicht mehr systematisch erfasst werden. Aufgrund der hohen Vermögensungleichheit sind Kapitaleinkommen typischerweise am oberen Ende der Verteilung konzentriert und damit gerade für die Einkommensanteile der Spitzenverdiener am Gesamteinkommen äußerst bedeutsam. Die Rückkehr zur synthetischen Einkommensbesteuerung, bei der Kapitaleinkommen mit dem persönlichen Steuersatz besteuert werden, würde hinsichtlich der Datenlage deshalb eine erhebliche Verbesserung darstellen (Behringer et al. 2014).

Die Beurteilung der Vermögensverteilung in Deutschland gestaltet sich ebenfalls schwierig. Die statistische Erfassung der Haushaltsvermögen in Bevölkerungsumfragen wird dadurch erschwert, dass vermögensstarker Haushalte selten oder gar nicht befragt werden (Westermeier und Grabka 2015). Da Vermögen typischerweise sehr viel ungleicher verteilt sind als Einkommen, kommt den vermögenden Haushalten für die Darstellung der tatsächlichen Vermögensverteilung allerdings eine besondere Bedeutung zu. Zudem wird die generelle Verlässlichkeit der Datengrundlage durch die Notwendigkeit einer marktnahen Bewertung von Vermögensbeständen durch die Befragten gemindert. Angesichts methodischer und statistischer Probleme würde die Wiedereinführung einer Vermögenssteuer – die zwar Teil der Steuergesetzgebung ist, aber in Deutschland seit 1997 nicht mehr erhoben wird – daher selbst bei einem beliebig niedrigen Steuersatz eine erhebliche Verbesserung der Datengrundlage bedeuten (Behringer et al. 2014).

7. Wie weit verbreitet ist Armut in Deutschland? Sind diese Menschen wirklich arm?

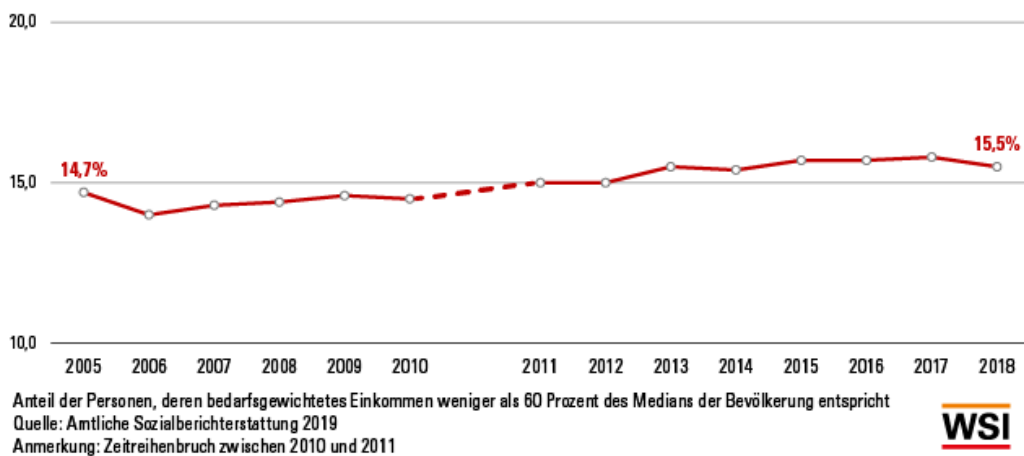
Auch in einem reichen Land wie Deutschland sind viele Menschen arm.

Seit Anfang der 1990er-Jahre ist der Anteil der Armen an der Gesamtbevölkerung gestiegen, besonders stark in der ersten Hälfte der 2000er-Jahre. Im Jahr 2017 kletterte die Armutsquote nach Daten des Statistischen Bundesamtes auf 15,8 Prozent – und damit auf den höchsten Stand seit Beginn der Zeitreihe im Jahr 1996. Auch wenn die Quote im Jahr 2018 wieder leicht zurückging bedeutet das: Jeder Sechste lebt in relativer Armut. Nach der in der Wissenschaft gängigen Definition gilt eine Person dann als arm, wenn sie in einem Haushalt lebt, dem weniger als 60 Prozent des mittleren bedarfsgewichteten Nettohaushaltseinkommens zur Verfügung steht.

Der jüngste Anstieg der Armutsquote hängt auch mit der Zuwanderung zusammen: Viele Menschen, die nach Deutschland kommen, haben zunächst ein sehr niedriges Einkommen. Das schlägt sich nun in der Statistik nieder. Betrachtet man dagegen nur die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund, ist die Armutsquote in den vergangenen beiden Jahren nicht gestiegen. Allerdings: Angesichts der guten Konjunktur wäre zu erwarten gewesen, dass die Armut zurückgeht. Das ist nicht geschehen – obwohl es weniger Arbeitslose gibt.

Jeder Sechste ist arm

So hat sich die Armutsquote in Deutschland entwickelt..



Hinzu kommt: Wer einmal arm ist, hat es immer schwerer, aus der Armut herauszukommen. Zwischen 1991 und 1995 schafften es rund 47 Prozent der Armen, in die untere Mitte aufzusteigen. Von 2009 bis 2013 gelang dies nur noch 36 Prozent. Auch für Personen direkt oberhalb der Armutsgrenze sind die Aufstiegschancen gesunken, während ihr Risiko, in Armut abzurutschen, gewachsen ist. Die Absteiger sind häufig geringqualifiziert, Minijobber oder arbeitslos. Auch alte Menschen sind zunehmend von Armut betroffen. Neben der relativen Einkommensarmut gibt es noch weitere Dimensionen von Armut, die sich zum Beispiel darauf beziehen, ob ein Mensch über genügend Mittel verfügt, um am

„normalen“ gesellschaftlichen Leben teilhaben zu können. Aus der Gesellschaft ausgeschlossen zu sein, kann für Betroffene ebenso hart sein, wie materielle Entbehrungen.

Entwicklung der Einkommensarmut 2005-2018

Anteil der Personen, die in Haushalten mit einem verfügbaren Einkommen von weniger als 60% des Medians leben

Jahr	Armutquote
2005	14,7
2006	14,0
2007	14,3
2008	14,4
2009	14,6
2010	14,5
2011	15,0
2012	15,0
2013	15,5
2014	15,4
2015	15,7
2016	15,7
2017	15,8
2018	15,5

Quelle: Amtliche Sozialberichterstattung 2019; eigene Berechnung
Anmerkung: Zeitreihenbruch zwischen 2010 und 2011

8. Was könnte man tun, um die Ungleichheit zu reduzieren?

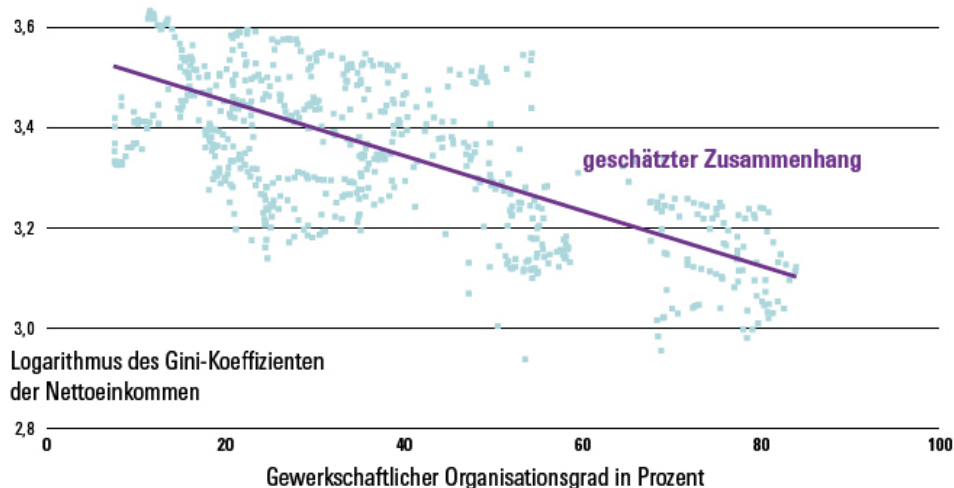
Politik und Sozialpartner können auf vielen verschiedenen Ebenen etwas bewirken.

Bildung: Der kostenlose oder staatlich gestützte Zugang zu frühkindlicher Bildung, aber auch zu höheren Bildungseinrichtungen ist ein zentrales Element, um Chancengleichheit zu gewährleisten und soziale Mobilität zu ermöglichen (Corak 2013).

Gewerkschaftlicher Organisationsgrad: Gemäß Forscherinnen des Internationalen Währungsfonds (IWF; Jaumotte und Buitron 2015) steigt die Einkommensungleichheit mit fallendem Einfluss von Gewerkschaften an. Dies ist neben einer sinkenden Verhandlungsmacht der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auch darauf zurückzuführen, dass starke Gewerkschaften über ihre politische Einflussnahme einen umverteilenden Wohlfahrtsstaat fördern. Eine Stärkung des gewerkschaftlichen Organisationsgrads sollte folglich eine ungleichheitsmindernde Wirkung haben.

Frage 9 · Was könnte man tun, um die Ungleichheit zu reduzieren?

Gewerkschaftlicher Abdeckungsgrad und Einkommensverteilung



Quelle: Jaumotte, Buitron 2015 © Hans-Böckler-Stiftung 2016

Hans Böckler
Stiftung

Mindestlohn: Auch ein gesetzlicher Mindestlohn kann helfen, **Ungleichheit zu reduzieren**, ohne dabei, wie oft befürchtet, negative Beschäftigungseffekte auszulösen. Wie die Studie von Jaumotte und Buitron (2015) zeigt, ist aber darauf zu achten, dass der Mindestlohn auch regelmäßig an die Entwicklung der Durchschnittseinkommen angepasst wird. Anderenfalls könnten Bezieherinnen und Bezieher des Mindestlohns hinter der allgemeinen Lohnentwicklung zurückbleiben und die Einkommensungleichheit zunehmen.

Progressive Besteuerung: Für die meisten Einkommenskategorien gilt eine progressive Einkommensbesteuerung, wodurch hohe Einkommen einem höheren durchschnittlichen Steuersatz unterliegen. Kapitalerträge werden hingegen einheitlich mit 25 Prozent versteuert. Im Vergleich dazu liegt der Spitzensteuersatz mit 45 Prozent wesentlich höher. Würde man Kapitalerträge, die insbesondere bei Spitzenverdienern konzentriert sind, wie früher im Einklang mit anderen Einkommensarten versteuern, würden sie einer stärkeren Besteuerung unterworfen. Eine solche synthetische Einkommensteuer auf Kapitalerträge wurde von **Finanzminister Wolfgang Schäuble** jüngst ins Gespräch gebracht. Allerdings ist auch bei der Einkommensteuer seit den 1980er Jahren ein starker Rückgang der Progressivität festzustellen. Während 1981 die Spitzensteuersätze für Einkommen im OECD-Durchschnitt noch bei 66 Prozent lagen, betrug der Durchschnitt im Jahr 2010 nur noch 42 Prozent (Förster et al. 2010). Die Umverteilungswirkung des Steuersystems wurde dadurch erheblich geschwächt. Mit den Mehreinnahmen durch progressivere Steuern ließen sich beispielsweise höhere Bildungsausgaben finanzieren.

Steuervermeidung und Steuerhinterziehung: Mit den **Panama-Papers**, den sogenannten **Cum-Ex-Geschäften** und **Patentboxen** seien nur drei jüngst bekannt gewordene Fälle von Steuervermeidung und Steuerhinterziehung genannt, die zu einer ungleicheren Einkommens- und Vermögensverteilung beitragen. Eine effektivere Besteuerung dieser Gewinne und Vermögen hingegen würde die Ungleichheit reduzieren helfen. **Expertenschätzungen** ergeben, dass der gesamte Schaden aus Steuervermeidung und Steuerhinterziehung für den deutschen Fiskus jährlich etwa 50 Mrd. Euro beträgt.

Vermögensteuer und Erbschaftsteuer: Da Vermögen noch wesentlich ungleicher verteilt sind als Einkommen und über Zinserträge auch zur Einkommensungleichheit beitragen, kann eine auf hohe Vermögen konzentrierte Vermögensteuer helfen, die Ungleichheit zu reduzieren (Bach und Thiemann 2016). Eine stärker progressive Besteuerung von leistungslosen Einkünften wie Erbschaften ist ein zentrales Element um Chancengleichheit und soziale Mobilität zu fördern (Piketty et al. 2013). Dabei geht es nicht um „Omas Häuschen“, das durch die üblichen Freibeträge nicht von Erbschaftsteuer betroffen ist. Allerdings sorgen Verschonungsregeln für die Vererbung von Betriebsvermögen, die bei den Top-Vermögenden konzentriert sind, für eine effektiv niedrigere Besteuerung gerade hoher Erbschaften (Bach et al. 2010). Dabei dürfte bei gestreckter Steuerbelastung über mehrere Jahre der Fortbestand von Unternehmen durch die Erbschaftsteuer kaum gefährdet sein, es gibt also keinen triftigen Grund für die Verschonung (Rietzler et al. 2016). Deutschland weist unter den entwickelten Volkswirtschaften eine **vergleichsweise geringe Besteuerung** von Vermögen und Erbschaften auf.

Rentensystem: Im deutschen Rentenversicherungssystem wurde in den vergangenen Jahren in mehreren Schritten der umlagefinanzierte, paritätische Anteil geschwächt, während das kapitalgedeckte private System gefördert wurde. Im Vergleich zu anderen Ländern, wie etwa Österreich, sind zudem nur Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer pflichtversichert, während die in der Regel besser verdienenden Selbstständigen und Beamten eigene Versorgungssysteme haben. Die Nettoersatzquote des umlagefinanzierten Systems, also der Anteil der Netto-

rente am Verdienst eines/r Durchschnittsverdienenden, beträgt gerade einmal 50 Prozent. Das ist ein im internationalen Vergleich sehr niedriger Wert (in Österreich beträgt die Nettoersatzquote 92 Prozent (vgl. Blank et al. 2016)). Gerade Ärmere fehlen jedoch trotz staatlicher Förderung oftmals die finanziellen Mittel zur privaten Altersvorsorge. Ein paritätisch finanziertes Umlagesystem, in das alle Erwerbseinkommen einzahlen, könnte demnach helfen, die **drohende Verbreitung von Altersarmut** erheblich zu reduzieren.

Literatur

- Amlinger, M., Bispinck, R., Schulten, T. 2014. **Niedriglohnssektor: Jeder Dritte ohne Mindestlohn? Ausnahmen vom geplanten Mindestlohn und ihre Konsequenzen** (pdf). WSI-Report Nr. 14.
- Amlinger, M., Bispinck, R., Schulten, T. 2016. **Ein Jahr Mindestlohn in Deutschland - Erfahrungen und Perspektiven** (pdf). WSI Report Nr. 28.
- Bach, S., Thiemann, A. 2016. **Hohes Aufkommenspotential bei Wiedererhebung der Vermögensteuer**, DIW Wochenbericht 4/2016.
- Bach, S., Beznoska, M., Steiner, V. 2010. **Aufkommens- und Verteilungswirkungen einer Grünen Vermögensabgabe**. Forschungsprojekt im Auftrag der Bundestagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIW Berlin: Politikberatung kompakt Nr. 59.
- Blank, F., Logeay, C., Türk, E., Wöss, J., Zwiener, R. 2016. **Österreichs Alterssicherung: Vorbild für Deutschland?** Wirtschaftsdienst 96(4), 279-286.
- Behringer, J., Theobald, T., van Treeck, T. 2014. **Einkommens- und Vermögensverteilung in Deutschland – Eine makroökonomische Sicht** (pdf), IMK Report Nr. 99.
- Behringer, J., Theobald, T., van Treeck, T. 2016. Ungleichheit und makroökonomische Instabilität: Eine Bestandsaufnahme, WISO Diskurs, Friedrich Ebert Stiftung.
- Cingano, F. 2014. **Trends in Income Inequality and its Impact on Economic Growth**, OECD Social, Employment and Migration Papers No. 163.
- Corak, M. 2013. **Income Inequality, Equality of Opportunity, and Intergenerational Mobility**, Journal of Economic Perspectives, 27(3):79-102.
- Dabla-Norris, E., Kochhar, K., Suphaphiphat, N., Ricka, F., Tsounta, E. (2015), **Causes and Consequences of Income Inequality: A Global Perspective**, IMF Staff Discussion Note 2015/13.
- Deutsche Bundesbank. 2016. **Vermögen und Finanzen privater Haushalte in Deutschland: Ergebnisse der Vermögensbefragung 2014** (pdf) Monatsbericht der Deutschen Bundesbank:61–86.
- Förster, M., Llana-Nozal, A., Nafilyan, V. 2014. **Trends in Top Incomes and their Taxation in OECD Countries**. OECD Social, Employment and Migration Working Papers, No. 159.
- Grabka, M. M., Halbmeier, C. 2019. **Vermögensungleichheit in Deutschland bleibt trotz deutlich steigender Nettovermögen anhaltend hoch**. DIW-Wochenbericht Nr.40, Berlin.
- Grabka, M. M., Westermeier, C. 2014. **Anhaltend hohe Vermögensungleichheit in Deutschland**. DIW Wochenbericht:151–164.
- Jaumotte, F., Buitron, C. O. 2015. **Inequality and Labor Market Institutions**. IMF Staff Discussion Note, Nr. SDN/15/14.

Niehues, J. 2016. [Ungleichheit: Wahrnehmung und Wirklichkeit – ein internationaler Vergleich](#). Wirtschaftsdienst 96, Nr. 1 (22. März 2016): 13–18.

OECD 2015. [In It Together: Why Less Inequality Benefits All](#), OECD Publishing, Paris.

Ostry, J. D., Berg, A., Tsangarides, C. G. 2014. [Redistribution, Inequality, and Growth, IMF Staff Discussion Note 2014/02](#) (pdf).

Piketty, T., Saez, E., Zucman, G. 2013. Rethinking capital and wealth taxation. Mimeo.

Poppitz, Philipp. 2016. Does self-perception and income inequality match? The case of subjective social status. IMK Working Paper

Rietzler, K., Scholz, B., Teichmann, D., Truger, A. 2016. [IMK Steuerschätzung 2016-2020](#) (pdf). IMK Report 114.

Schmid, K. D., Peichl, A., Drechsel-Grau, M. 2015. [Querverteilung und Spitzeneinkommen in Deutschland. Einkommensungleichheit - Quo Vadis?](#) IMK Report 108.

Schmid, K. D., Spannagel, D. 2015. Kapitaleinkommen und Einkommensungleichheit in Deutschland. In Thomas Piketty und die Verteilungsfrage. Analysen, Bewertungen und wirtschaftspolitische Implikationen für Deutschland, Hrsg. Peter Bofinger, Gustav A. Horn, Kai D. Schmid, und Till van Treeck. Leipzig: SE Publ.

Spannagel, D. 2015. [Trotz Aufschwung: Einkommensungleichheit geht nicht zurück](#). WSI-Verteilungsbericht 2015. WSI-Report.

Spannagel, D., Molitor, K. 2019. [Einkommen immer ungleicher verteilt. WSI-Verteilungsbericht 2019](#). WSI-Report Nr.53 , Düsseldorf.

Spannagel, D., Seils, E. 2014. [Armut in Deutschland wächst - Reichtum auch](#). WSI-Verteilungsbericht 2014. WSI Mitteilungen 67: 620–627

Van Treeck, T. 2014. [Did Inequality Cause the U.S. Financial Crisis?](#), Journal of Economic Surveys 28(3): 421-448.

Westermeier, C., Grabka, M. M. 2015. [Große statistische Unsicherheit beim Anteil der Top-Vermögenden in Deutschland](#), DIW Wochenbericht Nr. 7/2015: 123-133.

.

